Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrachten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Eigenbetrieb Entsorgung -Umwandlung der Kapitalrücklage in ein städtisches Trägerdarlehen

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die von der Universitätsstadt Tübingen geleistete Kapitaleinlage in Höhe von 7.675.594 Euro wird in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umgewandelt.
2. Der Zinssatz beträgt 6 %.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umwandlung der von der Stadt bei Gründung des Eigenbetriebs eingebrachten Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im letzten Prüfbericht vom 16.11.2006 Rd.Nr. 57/4 darauf hingewiesen, dass nach deren Auffassung eine Verzinsung der Kapitaleinlage nur in Jahren gezahlt werden darf, in denen auch ein Gewinn in entsprechender Höhe erwirtschaftet wurde. Die GPA schlägt vor die Kapitaleinlage in ein festverzinsliches Trägerdarlehen umzuwandeln.

2. Sachstand

Bei Gründung des Eigenbetriebs hat die Universitätsstadt Tübingen folgendes Kapital in den Eigenbetrieb eingebracht:

Betriebswirtschaft und Verwaltung	103,96 €
Kanalnetz	3.979.073,50 €
Regenwasserbehandlung	1.407.415,36 €
Klärwerk	2.258.696,25 €
Abfallbeseitigung	30.304,76 €
Gesamt	7.675.593,83 €

Der Eigenbetrieb hat dieses Kapital in die Kapitalrücklage der Bilanz eingestellt. Seit seiner Gründung zahlt der Eigenbetrieb eine jährliche Verzinsung in Höhe von 6 % der Kapitalrücklage, das sind 460.530 Euro, an die Stadt aus. Der EBT ist im Bereich Abwasserbeseitigung gebührenfinanziert und darf keine Gewinne ausweisen. Werden in einzelnen Jahren Gewinne erwirtschaftet so werden diese zunächst in eine Rücklagen (Verpflichtung gegenüber dem Gebührenzahler) eingestellt. Diese Gewinne fließen in die nächste Gebührenkalkulation ein und führen zu einer Gebührenerkung. Aufgrund niedrigerer Gebühren entstehen bei der Abwasserbeseitigung planmäßig Verluste. Diese Verluste werden durch Entnahmen aus der o.g. Rücklage ausgeglichen.

Die Eigenkapitalverzinsung ist handelsrechtlich betrachtet eine Gewinnabführung. Diese ist aber nur zulässig, wenn überhaupt ein Gewinn in der entsprechenden Höhe erwirtschaftet wurde. Bisher hat der Eigenbetrieb eine Verzinsung der Kapitaleinlage auch in Jahren gezahlt in denen Verluste entstanden sind. Wie unter 1. genannt hält die Gemeindeprüfungsanstalt die Zahlung der Eigenkapitalverzinsung in Jahren mit Verlusten für nicht zulässig, und schlägt vor die Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Die Zinsen für ein Darlehen werden unabhängig vom Jahresergebnis aufwandswirksam an die Stadt bezahlt. Diese Vorgehensweise hätte darüber hinaus den Vorteil, dass eine weitestgehende Angleichung der handelsrechtlichen und gebührenrechtlichen Ergebnisse im Abwasserbereich erreicht wird.

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen wird mit 6 % festgesetzt und entspricht damit der Höhe nach der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage. Die Umwandlung der Kapitaleinlage kann so kostenneutral erfolgen.

Es ist beabsichtigt auch das bei Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen eingebrachte Stammkapital in ein städtisches Trägerdarlehen umzuwandeln. Das Stammkapital ist im Gegensatz zur Kapitaleinlage in der Satzung der Stadtbaubetriebe festgeschrieben. Für eine Umwandlung des Stammkapitals in ein Trägerdarlehen ist deshalb eine Satzungsänderung notwendig. Da bei den Stadtbaubetrieben in nächster Zeit Veränderungen (Standortkonzept) anstehen, wird die Änderung der Satzung zunächst zurückgestellt.

3. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 1

Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 Eigenbetriebsgesetz soll der Eigenbetrieb zumindest einen Jahresgewinn in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Stadt aufgebrauchten Eigenkapitals an die Stadt abführen.

Die Stadt beruft sich auf das Eigenbetriebsgesetz und folgt der Auffassung der GPA nicht. Die Kapitaleinlage bleibt als solche bestehen und der Eigenbetrieb zahlt auch weiterhin jährlich eine 6%ige Verzinsung der Kapitaleinlage an die Stadt aus.

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt erhebt für das Trägerdarlehen einen marktüblichen Zinssatz der sich am Zinssatz für längerfristige Kommunaldarlehen orientiert. Nach Erhebung der Stadtkasse ist derzeit ein Zinssatz zwischen 4,8% und 5 % für Darlehen mit einer Laufzeit von 20 – 30 Jahren marktüblich. Bei einer Zinsfestschreibung von 5 % würden dem städt. Haushalt ca. 76.700 Euro jährlich weniger Einnahmen zufließen.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor die Umwandlung der Kapitaleinlage in ein Trägerdarlehen umzuwandeln und den Zinssatz für das Trägerdarlehen entsprechend der bisherigen Verzinsung der Kapitaleinlage mit 6 % festzusetzen. Die Gemeindeprüfungsanstalt könnte in diesem Fall die Zahlung der Zinsen nicht mehr beanstanden und der städtische Haushalt müsste nicht auf Einnahmen verzichten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine, die Umwandlung erfolgt bei einer 6% Verzinsung kostenneutral.

6. Anlagen

keine